

außerhalb des GATT-Abkommens zu erreichen. Trotz solcher Einschränkungen ist das GATT-System das Beste, um ein faires Handelsklima zu sichern. Es ist somit Sache der Entwicklungsländer, sich vorzubereiten, damit sie ihren Vorteil aus den Regelungen eines verbesserten GATT ziehen können. Besonders wichtig ist es, daß alle GATT-Nationen verstehen, wie das gestärkte Schlichtungsverfahren bei Konflikten funktioniert, damit sie die WTO effektiv nutzen. Man muß sich auch auf die neuen Probleme in bezug auf Handel und Umwelt sowie Arbeitsbedingungen und Wettbewerb einstellen.

Schließlich ist es wichtig darauf hinzuweisen, daß es für die Entwicklungsländer nichts umsonst gibt. Zum ersten Mal nehmen die Entwicklungsländer an

allen GATT-Verhandlungen teil und müssen sich verpflichten, ihre Märkte zu öffnen, sich an die GATT-Disziplin zu halten sowie von der neuen GATT-Polizei, der WTO, überprüfen zu lassen. Daher wird der Öffnungsprozeß in den nächsten zehn Jahren eine Verschärfung des Wettbewerbs auf dem Binnenmarkt zur Folge haben. Aber das ist nichts Neues, denn diese politische Ausrichtung besteht seit 1986, als die Deregulation und Reformen durchgeführt wurden. Um von den neuen internationalen Handelsmöglichkeiten zu profitieren, muß Indonesien wettbewerbsfähig sein.

Indonesiens Hausaufgaben zur Vorbereitung auf das neue Abkommen sind klar. Es gibt keinen Weg zurück, und viele Schritte müssen eingeleitet werden, um unsere Wettbewerbsfähigkeit sicher-

zustellen. Dazu gehören vor allem die Verbesserung des Investitionsklimas, anhaltende Deregulierung, Reduzierung der infrastrukturellen Engpässe und Steigerung unserer technologischen Fähigkeiten.

**Mari Pangestu**

*Die Verfasserin ist Leiterin der Wirtschaftsabteilung im Centre for Strategic and International Studies und Dozentin an der University of Indonesia in Jakarta. Der Beitrag erschien in der Jakarta Post vom 21.4.94 unter der Überschrift "What does General Agreement on Tariffs and Trade mean for RI?". Übersetzung von Peter Franke.*

## Thailand: Arbeitsrecht und Handel sind nicht mischbar

Eine vage Einigung wurde zwischen den Vereinigten Staaten und den Entwicklungsländern über Washingtons Vorschlag, Arbeitsrechte mit dem Handel zu verknüpfen, erreicht. Die amerikanischen Unterhändler haben auf eine Erwähnung von Arbeitsrechten im Schlußdokument der Uruguay-Runde verzichtet. Aber die Vereinigten Staaten,

bisher mit französischer Unterstützung, sagen, sie werden die Frage erneut aufwerfen, wenn die neue Welthandelsorganisation (WTO) – ein Ergebnis der Uruguay-Runde – eingerichtet ist.

Die Vereinigten Staaten wollen das Recht, Handelsbeschränkungen zu errichten und Handelspartner zu diskriminieren, als Ausnahmen von den Prinzi-

prien des GATT. Diese Ausnahmen, vermutlich in der Form Ausgleichszöllen zu den üblichen Zöllen, sollen Exporte aus solchen Ländern betreffen, deren Lohnkosten aufgrund von Verstößen gegen Arbeitsrechte als ungerechtfertigt niedrig erachtet werden.

Produkte, die dies vermutlich trifft, sind chinesische Exporte, die, wie zum Teil behauptet wird, von Gefangenen praktisch kostenlos, in Zwangsarbeit, hergestellt werden. Nicht viel weiter unten auf der Liste könnte thailändisches Spielzeug stehen, das in Fabriken hergestellt wurde, die vermeintlich ihre Kosten durch die Vernachlässigung von Feuer-sicherheitsvorkehrungen niedrig halten. Die amerikanischen Gewerkschaften wollen auch Maßnahmen gegen thailändische Produkte ergehen, weil die And-Regierung seinerzeit die Gewerkschaft der Staatsbetriebe verboten hatte.

Washingtons neu entdeckte Sorge um das Arbeitsrecht ist nur heuchlerisch. Was wirklich dahintersteckt ist das Gefühl, daß billigere Produkte, die die Märkte der Industrieländer überfluten, von billigen Arbeitskräften hergestellt wurden und daß sie deshalb irgendwie ausgebeutet worden sein müssen.

Die Industrieländer haben berechtigte Sorgen über die mögliche Verschlechterung des Lebensstandards, der durch die Kämpfe der Arbeiterbewegung und teure soziale Wohlfahrtsprogramme erreicht wurde. Angesichts des Wettbewerbs niedrigere Kosten können sie eines von drei Dingen tun: die Niederlage eingestehen und die Löhne, Sozialleistungen und Kosten senken; versuchen, den Status quo durch Protektionismus zu erhalten, wobei sie dabei scheitern könnten, wenn ihre Exporte auf entsprechenden Protektionismus stoßen; oder versuchen, durch die Anwendung von Hochtechnologie und die Produktion von höherwertigen Produkten die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

**Zollsenkungen nach dem neuen GATT Abkommen für Produktgruppen in Prozent**

| Produktgruppe                                     | Zollsenkungen in |            | maßgeblicher Exportanteil aus asiatischen Entwicklungsländer   |
|---|------------------|------------|--|
|   | Nordamerika      | Westeuropa |  |
| Textil und Kleidung                               | 15               | 20         | Bangladesch, China, Fiji, Hongkong, Indien, Südkorea, Macao, Pakistan, Philippinen, Sri Lanka, Tonga, Tuvalu |
| Metalle   | 63               | 35         | Papua Neuguinea  |
| Mineralische Produkte, Edelmetalle und Edelsteine | 31               | 22         | Brunei, Fiji, Indien, Indonesien   |
| Elektrische Maschinen                             | 56               | 37         | Malaysia, Singapur   |
| Leder, Gummi, Schuhe und Reisezubehör             | 11               | 23         | Kambodscha, Tonga  |
| Holz, Pulpe, Papier und Möbel                     | 76               | 67         | Burma, Kambodscha, Indonesien, Malaysia, Salomon Inseln  |
| Fisch und Fischereiprodukte                       | 19               | 18         | Fiji, Malediven, Salomon Inseln  |
| Nicht-elektrische Maschinen                       | 63               | 61         | Singapur, Tuvalu   |
| Kaffee, Tee, Kakao, Zucker                        | 35               | 29         | Fiji, Indonesien, Papua Neuguinea, Singapur, Sri Lanka, Tonga  |
| Früchte und Gemüse                                | 38               | 32         | Burma, Philippinen, Thailand, Tonga, Tuvalu  |
| Ölsaaten, Fette und Öle                           | 43               | 34         | Kambodscha, Indonesien, Malaysia, Papua Neuguinea, Philippinen, Salomon Inseln                               |
| Tiere und Tierprodukte                            | 36               | 25         | Tuvalu   |
| andere landwirtschaftliche Produkte               | 49               | 44         | Pakistan   |

Quelle: GATT nach FEER 28.4.94, S. 70

# Nun müssen wir für Gleichheit in der Welthandelsorganisation arbeiten

Washington versucht eine Mischung dieser Optionen. Einerseits brauchen die Vereinigten Staaten die Arbeitsbedingungen als Grund für ihren Protektionismus gegen die Exporte der Dritten Welt, andererseits wollen sie durch ein neues GATT-Abkommen den Industrieländern die Möglichkeiten des Wettbewerbsvorteils in Bezug auf die dritte Option sichern, nämlich durch den verstärkten Schutz von geistigem Eigentum und durch die Öffnung des Marktes für Dienstleistungen.

Bei den Dienstleistungen wird argumentiert, daß die Entwicklungsländer ihren Markt öffnen sollen, damit geringere Kosten und effizientere Anbieter auf gleicher Ebene miteinander konkurrieren können. Das Argument scheint aus irgendwelchen Gründen nicht für die Arbeitsbedingungen zu gelten.

Das wirklich niederträchtige an dieser Sache ist allerdings eher historisch zu sehen. In vielen Entwicklungsländern, für Thailand und Indonesien gute, naheliegende Beispiele sind, waren die Gewerkschaften schwach, unter anderem wegen der Unterstützung von anti-linken Diktaturen und Halbdemokratien während des Kalten Krieges durch die Vereinigten Staaten. Und in den Reagan-Thatcher Jahren war dann die große Botschaft, sich der Gewerkschaft zu entledigen.

Kurz, die Arbeiter in den Entwicklungsländern haben unter niedrigen Löhnen gelitten auch aufgrund der politischen Intervention der Vereinigten Staaten. Heute ist ihr Einkommen weiterhin gefährdet, weil die US-Protektionisten nun sagen, daß ihre niedrigen Löhne zu unfairem Handel führen. Die Arbeiter sollen also doppelt bestraft werden. (...)

Thailand, ASEAN und die restliche Dritte Welt müssen zusammenhalten, wie sie es in Genf getan haben, um den franko-amerikanischen Zusammenschluß zu blockieren.

Die thailändische Regierung hat zu Recht argumentiert, daß die Welthandelsorganisation (WTO) nicht der richtige Platz sei Arbeitsrechte zu diskutieren; zuständig ist die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), denn sie setzt Maßstäbe ohne die Androhung handelsverzerrender Gegenschläge.

Natürlich sollte die Regierung, die diesen Punkt unterschätzt hat, deshalb sicherstellen, daß alle ILO-Konventionen unterzeichnet und umgesetzt werden. Diejenigen, die wirklich unglücklich über arbeitsrechtliche Mißstände sind, liegen falsch, wenn sie diese Frage mit dem Handel verknüpfen, aber ihre Grundsorge ist berechtigt.

"Opinion" (Meinung) aus Bangkok Post (Weekly) vom 22.4.94 mit dem Titel "Labour rights and trade don't mix". Übersetzung Peter Franke.

Leicht läßt man sich von der Begeisterung blenden, welche die Unterzeichnung des Welthandelsabkommens (GATT) am 15. April begleitete. (...) Das Handelssystem kann beides gebrauchen, die Begeisterung und die Nüchternheit. In der Öffentlichkeit erscheint die politische Ökonomie des Handels hoffnungslos degeneriert. Die Verhandlungen zogen sich jahrelang hin, ohne daß etwas herauskam, außer einem gefüllten Tisch mit 20.000 Seiten Dokumenten, geschrieben in einer unverständlichen Sprache - Lesematerial für einen an Schlaflosigkeit Leidenden mit starken Armen, wie sich die Financial Times ausdrückte. Die Länder fangen an, mehr oder weniger das zu machen, was sie wollen, und entwickeln neue technische Vorwände, um den guten alten Protektionismus anzuwenden. (...)

Das Abkommen ist nun allerdings nicht bedeutungslos. Richtig angewandt könnten die Regeln und die neue Welthandelsorganisation (WTO) etwas Ordnung in einem System wiederherstellen, das in zur Anarchie degeneriert ist.

Nach Angaben des Kommissars der Europäischen Union, Leon Brittan, hat selbst der Vertreter der Vereinigten Staaten, Mickey Kantor, bei einem Treffen der beiden in Marrakesch zugegeben, daß Washingtons Möglichkeiten, die Sektion 301 zu benutzen, erheblich eingeschränkt sein wird, wenn die WTO und ihre verbesserten Streitschlichtungsverfahren eingerichtet sind.

Es ist ein Zugeständnis, welches Mik-

key Kantor nur zögernd öffentlich bekannt machte, aus Angst vor einer Rebellion im Kongreß der Vereinigten Staaten. Die amerikanischen Gesetzgeber hüten mit besonderer Eifersucht ihre Souveränität und die Möglichkeit, Macht zu Recht zu machen.

Übermäßige Begeisterung ist nicht angebracht, weil die Erlöse der Uruguay-Runde nicht gleichmäßig verteilt werden.

Peter Sutherland (der GATT Generaldirektor) wird wohl brechtigerweise gesagt haben, daß letztendlich kein Land ein Verlierer sein wird, denn die kombinierten Auswirkungen eines offeneren Marktes, besonders bei landwirtschaftlichen Produkten und Textilien, mit besseren Handelsregelungen und Durchsetzungsbefugnissen der WTO und dem erwarteten Anstieg des Welthandels und des Wirtschaftswachstums werden auf jedes Land und den größten Teil seiner Bevölkerung zurückwirken.

Aber er hat die sich aus vielen Untersuchungen ergebende Wahrscheinlichkeit, daß die ärmsten Länder weniger davon haben werden als die reichsten, vertuscht. Seine Antwort ist, daß keines der afrikanischen Länder südlich der Sahara aus dem Abkommen aussteigen will. Hier macht er einen unlogischen Sprung. Die Tatsache, daß es besser ist, mit im System zu sein, als außerhalb im Kalten, heißt nicht, daß die Gewinne fair verteilt worden sind.

Die Möglichkeiten, einen Ausgleich durch das Arbeitsprogramm der WTO wiederherzustellen, ist nun ein konkreter

